Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl	Präsident der AK Oberösterreich
Dr. Kurt Punzenberger	Leiter der AK-Bezirksstelle Perg

Bilanz 2022 der AK Perg:

Rund vier Millionen Euro für Mitglieder erkämpft

Pressekonferenz

Mittwoch, 1. März 2023, 9 Uhr

Arbeiterkammer Perg

Das Jahr 2022 war ein außergewöhnliches und schwieriges. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die massiven Teuerungen verunsicherten und belasteten die Menschen wie selten zuvor. Damit nicht genug: Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert. In arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten, in Insolvenzverfahren sowie im Konsumentenschutz konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder mehr als 105 Millionen Euro erkämpfen.

Nichts beschäftigte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vergangenen Jahr so sehr wie die enorme Teuerungswelle. Viele fühlen sich von der Politik im Stich und mit ihren finanziellen Problemen alleine gelassen. Vier von zehn Beschäftigten kommen mit ihrem Einkommen kaum oder gar nicht mehr über die Runden, wie eine kürzlich durchgeführte IFES-Studie unter den oberösterreichischen Beschäftigten zeigte. Demnach müssen sich drei Viertel der Menschen in unserem Bundesland selbst immer stärker einschränken, um über die Runden zu kommen. Acht von zehn erwarten sich, dass die Landesregierung mehr gegen die Teuerung unternimmt.

Vehementer interessenpolitischer Einsatz gegen die Teuerungen

Die Arbeiterkammer nahm die Verwerfungen auf dem Energie- und Lebensmittelmarkt zum Anlass, vehement bundes- und vor allem landespolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen einzufordern, wie etwa:

- die Umverteilung der Übergewinne des landeseigenen Energieversorgers,
- einen leichteren Zugang zur Wohnbeihilfe,
- eine spürbare Erhöhung des Heizkostenzuschusses oder
- einen Wärmepreisdeckel, wie es ihn im Burgenland bereits gibt.

Um den AK-Mitgliedern in dieser schwierigen Situation direkt und unkompliziert zu helfen, hat die AK zwei neue finanzielle Direktleistungen ins Leben gerufen:

- einen Zuschuss zum Fahrsicherheitstraining in Höhe von 100 Euro für junge AK-Mitglieder, um sie in ihrer Mobilität zu unterstützen – dieses Angebot wurde bereits mehr als 1.100 Mal in Anspruch genommen;

- und den AK-Schulbonus im Wert von 100 Euro für alle oberösterreichischen Volksschul-, Vorschul- und Sonderschulkinder.

Hauptaufgaben der AK Oberösterreich sind und bleiben aber die Beratung und Vertretung ihrer Mitglieder im Arbeits- und Sozialrecht, die Lohnsteuerberatung und der Insolvenzrechtsschutz, der Konsumentenschutz und die Bildungsberatung. Mit der Beratung und Vertretung in Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung wurde 2022 ein neues und zusätzliches Angebot geschaffen.

Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst auf die Dezentralisierung ihrer Serviceleistungen. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region, in einer der 14 AK-Bezirksstellen in ganz Oberösterreich, zu holen.

321.000 Beratungen

Während die Beratungszahlen im Arbeits- und Sozialrecht annähernd jenen aus dem Jahr 2021 entsprachen, gab es im Konsumentenschutz einen Zuwachs um mehr als 5.000 Beratungen bzw. sieben Prozent. Das ist auf vermehrte Anfragen zu den Themen Energie und Wohnen zurückzuführen, etwa zu Strom- und Gaspreisen, Pelletspreisen, aber auch zum Pfusch beim Klimabonus.

Rund 7.800 abgeschlossene Rechtsfälle

Wenn die Beratung nicht ausreicht, übernimmt die AK Oberösterreich auch die Vertretung ihrer Mitglieder. Im vergangenen Jahr wurden von den Juristen/-innen der AK Oberösterreich rund 12.300 Rechtsakte bearbeitet. Die Zahl der neu aufgenommenen Akte ist im Vergleich zum Jahr zuvor um 22 Prozent gestiegen. Mehr als 7.800 Rechtsfälle konnte die AK für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren gerichtlich oder außergerichtlich zu einem Abschluss bringen. Die Erfolgsquote lag im Arbeitsrecht bei knapp 80 Prozent. Die meisten Fälle betrafen Beschäftigte in der Arbeitskräfteüberlassung, im Gastgewerbe, Handel und im Transportwesen. Rund 83 Prozent von ihnen waren in Betrieben beschäftigt, in denen es keinen Betriebsrat gab.

Mehr als 105 Mio. Euro für die Mitglieder erreicht

Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2022 für ihre Mitglieder 105,2 Millionen Euro erkämpfen. Der Bereich Sozialrecht macht mit 65,6 Millionen Euro den Großteil der erstrittenen Beträge aus, gefolgt vom Bereich Arbeitsrecht mit 19,4 Millionen Euro und von den Insolvenzsachen mit mehr als 17 Millionen Euro.

Rat und Hilfe in der AK Perg

Insgesamt 28.306 AK-Mitglieder leben im Bezirk Perg. Viele von Ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Perg findet großen Anklang in der Bevölkerung. Das zeigt auch die Statistik. Insgesamt 5.428 Beratungen haben die AK-Experten/-innen im Jahr 2022 durchgeführt. Davon 3.797 telefonisch, 1.400 vor Ort in der Bezirksstelle und 231 schriftlich.

Die AK-Mitglieder wandten sich vor allem mit Fragen zu den Themen Entgelt, Invaliditätspension, Sonderruhegeld, Mutterschutz und Karenz, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkündigung sowie zur Altersteilzeit an die AK Perg.

Mehr als vier Millionen Euro für Mitglieder erkämpft

2022 wurden 1.380 Rechtsberatungen in der Bezirksstelle Perg durchgeführt. Ein großer Teil der Anliegen der Mitglieder kann durch die Beratung abgewickelt werden. Manchmal ist es jedoch notwendig, rechtliche Schritte einzuleiten, um den Beschäftigten zu ihren Ansprüchen zu verhelfen. 126 Arbeitsrechtsfälle konnten die Juristen/-innen der AK Perg im Jahr 2022 abschließen. Diese teilen sich auf in 91 Rechtshilfe-Fälle, in denen eine Intervention seitens der AK ausreichend war, und 35 Rechtsvertretungen, bei denen die AK für ihre Mitglieder vor Gericht gezogen ist. In Summe wurden 227.965 Euro erkämpft. 189.434 Euro außergerichtlich und 38.531 Euro gerichtlich.

Darüber hinaus wurden 85 Sozialrechtsfälle bearbeitet, in denen 3.396.308 Euro für die Mitglieder erstritten wurden. Bei den Sozialrechtsfällen handelt es sich zum Großteil um Pensions- oder Pflegegeldangelegenheiten. Zusätzlich wurden für 69 Beschäftigte aus zehn insolventen Betrieben im Bezirk 416.117 Euro durchgesetzt. Rund vier Millionen Euro hat die AK Perg für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fällen sowie in Insolvenzverfahren erkämpfen können. Das zeigt,

wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist. Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst auf die Dezentralisierung ihrer Serviceleistungen. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

Kein Unterschied, ob große oder kleine Beträge

In ihrem Engagement für die Beschäftigten machen die AK-Rechtsexperten/-innen keinen Unterschied, ob es um große oder kleine Beträge geht. Zum Vergleich: Der kleinste Erfolg in einem Arbeitsrechtsfall betrug 77 Euro für eine Beschäftigte. Die größte erkämpfte Summe belief sich auf 19.560 Euro.

Ein Fall aus der Praxis: AK Perg erkämpft hohe Nachzahlung

Die Entlohnung für 635 Überstunden, die Nachtzuschläge für 741 Arbeitsstunden sowie die Urlaubsersatzleistung (35 Wochentage) wollte ein Arbeitgeber aus dem Bezirk Perg seiner Mitarbeiterin vorenthalten, nachdem sie das Dienstverhältnis beendet hatte. Und das, obwohl der Dienstgeber in einer schriftlichen Vereinbarung auf die Verfalls- und Verjährungsbestimmungen verzichtet und eine rechtzeitige Auszahlung der Ansprüche zugesichert hatte. Die gelernte Bäckerin wandte sich an die Experten/-innen der Arbeiterkammer Perg. Die AK intervenierte daraufhin beim Arbeitgeber für die Beschäftigte. Jedoch ohne Erfolg: Der Dienstgeber reagierte nicht. Deshalb zog die AK mit der Bäckerin vor Gericht. Im Zuge eines gerichtlichen Vergleiches konnten 7.695 Euro für die Beschäftigte erstritten werden.

Unkontrollierte Schlafanfälle: AK Perg erstreitet Rehageld für 27-Jährigen

Ein 27-Jähriger aus dem Bezirk Perg wandte sich an die Arbeiterkammer, um Rehageld von der Pensionsversicherungsanstalt einzuklagen. Der Mann leidet an Narkolepsie. Dabei handelt es sich um eine neurologische Erkrankung, bei der der Patient von unkontrollierbaren Schlafanfällen mehrmals am Tag überfallen wird. In der ersten Instanz urteilte der Richter, dass mehrere Schlafpausen am allgemeinen Arbeitsmarkt geduldet werden. Die Arbeiterkammer legte für den Mann Berufung ein. Erfolgreich: Denn in der zweiten Instanz wurde das Erstgericht damit beauftragt, ein berufskundliches Gutachten einzuholen und zu klären, in wieweit die

vom Arbeitnehmer benötigten Pausen von der Wirtschaft tatsächlich toleriert werden. Also ob es genügend Arbeitsplätze in seiner Branche gibt, bei denen es möglich ist, alle ein bis zwei Stunden eine Ruhepause von 30 Minuten einzulegen. Das Gericht kam zum Schluss, dass dies nicht der Fall ist. Selbst bei Tätigkeiten ohne Kundenverkehr wird das Ausmaß an Ruhepausen in der Wirtschaft nicht toleriert. Der 27-jährige kam nun doch zu seinem Recht und erhält das Rehageld.

AK Perg- Serviceangebot

Öffnungszeiten
Montag bis Donnerstag: 7:30 bis 16 Uhr
Freitag: 7:30 bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: Während der Öffnungszeiten Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4711

Telefonische Beratung: Während der Öffnungszeiten unter Tel. 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: Jeden zweiten Dienstag nach Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4711

Kontakt
Hinterbachweg 3
4320 Perg
Tel: 050/6906-4711
E-Mail: perg@akooe.at
Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/perg